

Auswanderungen

(Aus Herbert Brettl, Die jüdische Gemeinde in Frauenkirchen, 2003)

Die Rolle der Gestapo

Vom Anschluss 1938 bis zum Ausbruch des Krieges 1939 war das primäre Ziel des nationalsozialistischen Regimes, die „Judenfrage“ mittels Auswanderung zu „lösen“. Der Terror und die Zerstörung der ökonomischen Basis bzw. die soziale Erniedrigung durch die Gestapo, SS oder durch örtliche Parteifunktionäre sollte die Auswanderungsambitionen der Juden noch beschleunigen.

Die Situation der burgenländischen Juden im Sommer 1938 war geprägt von Zwangsdeportationen und Ausreisebestrebungen, die von immer mehr Grenzsperrern zunehmend erschwert wurden. Der Leiter der Gestapo Eisenstadt, Otto Bovensiepen beschreibt die Lage im August 1938 in einem Bericht an das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin:

*„Bei der Machtübernahme in Österreich waren nach Mitteilung der israelitischen Kultusgemeinde in Wien im Bereiche der Stapo Eisenstadt zirka 3.800 Juden wohnhaft. Bis jetzt sind rund 1.200 inländische und sämtliche Juden mit einer fremdländischen Staatsangehörigkeit - ungefähr 400 an der Zahl - aus dem Reichsgebiet abgewandert. Die ausländischen Juden habe ich zum Teil durch die zuständigen Bezirkshauptmannschaften als lästige Ausländer ausweisen lassen. Von den 1.200 ausgewanderten inländischen Juden sind 285 Mann ausgebürgert, in 235 Fällen sind Ausbürgerungsverfahren anhängig. Das Vermögen der noch im Inland wohnhaften Juden ist von mir vorläufig beschlagnahmt worden. Die Auswanderung der Juden geht in jüngster Zeit sehr langsam vonstatten, da Jugoslawien, die CSR und verschiedene andere Staaten die Ein- bzw. Durchreise für Juden gesperrt haben. Trotzdem sind sämtliche Juden im ehemaligen Bereiche der Stapo Eisenstadt bestrebt, das deutsche Reichsgebiet zu verlassen. Sie nehmen alle möglichen Stellen in Anspruch, um die Einreisebewilligung in einem fremden Lande zu erhalten. Eine Anzahl Juden hat sich entschlossen sich nach anglikanischem Ritus taufen zu lassen, um die Durchreisebewilligung durch Jugoslawien und die Einreisebewilligung nach Griechenland zu bekommen.“*ⁱⁱ

Allgemein kann davon ausgegangen werden, dass, sofern der Jude eine Verzichtserklärung abgegeben hatte, er Unterstützung bei seiner Auswanderung erhielt. Eine besondere Rolle bei der Vertreibung der jüdischen Bevölkerung kam der im August 1938 eingerichteten und 1943 aufgelösten „Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien“ unter der Leitung des damaligen SS-Untersturmführers Adolf Eichmann zu. Einerseits diente sie zur Beschleunigung der Auswanderung, indem sie die Auswanderung durch Bereitstellung der notwendigen Papiere und Geld förderte, andererseits sollte die bedrängte und sich auf der Flucht befindliche jüdische Bevölkerung wirtschaftlich vollkommen beraubt werden.

Für die flüchtenden Juden errichtete die Gestapo „Auswanderer-sperrkonten“, wo die aus den verschiedenen Arierungsmaßnahmen lukrierten Geldbeträge eingezahlt wurden. Verwaltet wurden die Konten bis 1939 von der Vermögensverkehrsstelle. Auf diesen Konten landeten das verbliebene Barvermögen sowie Verkaufs- und Liquidationserlöse, wobei davon die „Reichsfluchtsteuer“, Vermögensabgabe sowie weitere Steuern und Strafen abgezogen wurden. Die oberste Kontrollinstanz war die Gestapo, deren Anweisungen über Sperre und Überweisung von den Banken immer prompt befolgt wurden. Offiziell diente das Geld zur Finanzierung der Auswanderung, wobei bei einem gültigen Einreisevisum, zunächst bis zum Ausbruch des Krieges, das Geld zur Bestreitung der Ausreisekosten verwendet wurde, sofern ein Aufnahmeland gefunden wurde.^{ii iii}

Die Auswanderung der Familie Kalisch, Schuhwarengeschäft in der Hauptstraße Nr. 8 in Frauenkirchen, zeigt die Abwicklung der Auswanderungsfinanzierung.

Nachdem die Familie Kalisch Einreisevisen von den Vereinigten Staaten von Amerika zugesichert bekamen wandte sich am 8. 8. 1939 Salomon Kalisch an die Vermögensverkehrsstelle, um die nötigen Papiere von Seiten des Deutschen Reiches zu erhalten und die Finanzierung der Auswanderung zu sichern:

“Ich bitte ergebenst um Erhöhung des Equipierungsbeitrages für meine Familie und begründe meine Bitte wie folgt. Ich war wohnhaft und zuständig in meiner Heimatgemeinde Frauenkirchen seit Geburt und führte im eigenen Hause einen von den Großeltern geerbten Schuhwarenhandel.

Zur Instandsetzung des Hauses habe ich in den letzten Jahren über 6.000 S. angewendet und ist das einstöckige Objekt mit Kassenladen, 7 Zimmern, Nebenräumen, Magazins, Keller auf 10.000 RM geschätzt. Mein Geschäftsaktivum war 25.000 S. einschließlich der 100% Außenstände von 4.334 RM.

Ich bitte um Erhöhung des Equipierungsbetrages von 1.400 RM auf 2.500 RM somit um eine Differenz von 1.100 RM. Ich benötige den Betrag, da ich seit April 1938 absolut keine Neuanschaffung machen konnte [...]. Der zu liquidierende Betrag beträgt:

1.582,50 RM Schifffahrt (Schiffkarten von Wien über Bremen nach New York in der Touristenklasse, amerikanische Kopfsteuer, Trinkgeldablöse, Bordgeld, Miete für Deckstühle, Bahnkarten 2. Klasse Wien-Bremen, Gepäcktransport)

245,50 RM Spedition (Zollabfertigungskosten, Frachtkosten, Verpackungskosten...)

100,- RM Visa

2.500,- RM Equipierung (Anzug, Krawatten, Schuhe, Hemden, Blusen, Pullover, Socken, Kostüm, Kleider, Regenmäntel, Taschentücher, Handschuhe, Unterwäsche, Pyjama, Hut etc)..

4.428,- RM Summe

Abgesehen vom Geschäftsaktivum, müssten der Hauswert und die Außenstände dafür ausreichen. Ich bitte zu berücksichtigen, dass ich im Weltkrieg als Frontoffizier, 34 Monate nur Frontdienst geleistet habe, verwundet war und mehrfach ausgezeichnet wurde. In Anbetracht, dass die Ausreise am 19. 9. erfolgt, bitte ich um rasche Liquidierung meiner Angelegenheit.”^v

Als Beilage wurde von der Familie die Bestätigung des amerikanischen Generalkonsulats, die Visabestimmungen, Rechnungen und Kosten-voranschläge dem Schreiben beigelegt.^v

Nach der Prüfung durch die Gestapo veranlasste sie am 26. 10. 1939 die Vermögensverkehrsstelle die Familie Kalisch sofort in die USA auswandern zu lassen. Dabei sollten der Kultusgemeinde in Wien 668 Dollar (=5.344 RM) und der Schifffahrtsgesellschaft “Italia” für die Kosten bis zum Einschiffungshafen 150 RM überwiesen werden.^{vi}

Am 22. 11. 1939 wurden die Ausreisekosten endgültig beglichen und Kalisch, Salomon, Friederike und deren Töchter Gerta und Anna Kalisch konnten 14 Tage später in die USA auswandern.^{vii}

Die Ausreisekosten betragen 5.494 RM und lagen dabei weit unter dem Wert des Vermögens, das die Familie Kalisch zuvor besaß. Der Besitz der Familie wurde im Mai 1938 mittels einer Inventur vom Revierinspektor, 2 SA Männern und des Treuhänders berechnet und ergab schlussendlich nach Abzug der Ausreisekosten ein Guthaben von rund 12.000 RM.

<i>Aktiva</i>		<i>Passiva</i>	
<i>Warenwert</i>	<i>8.076 RM</i>	<i>Kreditoren</i>	<i>8.036 RM</i>
<i>Debitoren</i>	<i>2.954 RM</i>		
<i>Hauswert</i>	<i>9.794 RM</i>		
<i>Summe:</i>	<i>20.824 RM</i>	<i>Summe:</i>	<i>8.036 RM</i>

Die Aufnahme des Inventars zeigt einige Unstimmigkeiten und wurde zwischen Mai 1938 und Juli 1938 dreimal aufgenommen, wobei sich der Wert der Warenbestände jeweils erhöhte. Auch der Wert des Hauses wurde mehrmals geschätzt und im Oktober 1938 mit 7.857 RM angegeben. Der Gestapo dürfte der Schätzwert zu gering gewesen sein, weswegen sie wohl eine neuerliche Aufnahme des Hauswertes angestrebt hat. Erst 1940 wurde das Haus der Familie Kalisch zum Verkauf freigegeben und der Kaufpreis mit 9.794,06 RM festgelegt. Auch dieser Kaufpreis des Hauses in der Hauptstraße Nr. 8 dürfte zu niedrig gewesen sein, denn die Bauparzelle mit 529m² lag zentral in der Hauptgeschäftsstraße und das 300m² große renovierte Stockhaus bestand aus einem Geschäftslokal, sechs Zimmern, drei Küchen und zwei Kammern.^{viii}

Vermögendere Juden wie auch die Familie Kalisch wurden zudem verpflichtet auf ihr Vermögen, das nach Bezahlung aller Ausreiseauslagen noch vorhanden war, *“zu Gunsten der ausreisewilligen armen Juden zu verzichten.”* Hier wurde zusätzlich die Solidarität bewusst als Druckmittel eingesetzt. Der Verzicht wurde des öfteren getätigt, da viele Juden dies als die einzige Möglichkeit sahen auszureisen und damit überleben zu können. Dabei ist deutlich zu erkennen, dass Ausreisende in entfernte Länder wie Israel oder in die USA häufiger auf ihr Vermögen verzichteten, da sie annahmen, dass es für sie ohnehin kein Zurück gab und ihr Besitz verloren war. Lapidar wurde dabei von der Gestapo berichtet: 1939 zur Ausreisebewilligung des Dr. Kalisch Kornel in die USA - *“Dr. Kalisch Kornel war hier Zahnarzt und gut eingerichtet. Der Erlös der Liegenschaft soll für die Auswanderung armer burgenländischer Juden verwendet werden.”*^x Flüchtende in die Nachbarländer Ungarn und Tschechoslowakei verzichteten seltener und dürften wohl auf eine Rückgabe ihres Besitzes bzw. ihre Rückkehr zu einem späteren Zeitpunkt spekuliert haben.^x

Am Beginn der Tätigkeit der “Auswanderungszentrale” wurde tatsächlich ärmeren Juden, deren Vermögenswerte nicht ausreichten, um die Auswanderungskosten zu begleichen, die Auswanderung mittels Finanzierungshilfen ermöglicht. Rosa Ungar, betrieb als alleinstehende Witwe in Frauenkirchen Tempelviertel Nr. 4 eine kleine Gemischtwarenhandlung. Frau Ungar wurde im Juni 1938 nach Wien vertrieben und erhielt im November 1939 ein Einreisevisum für die USA. Für die Ausreisekosten wurden 2.060 RM von der Vermögensverkehrsstelle bereit gestellt, obwohl der Abbruch ihres Hauses nur 40 RM und die Geschäftsliquidierung 80 RM an Erlös brachten. Frau Ungar konnte kurz darauf auswandern und sich in New York niederlassen.^{xi}

Ein Einreisevisum, eine Genehmigung und Auswanderungsfinanzierungshilfe der Gestapo waren jedoch noch kein Garant dafür, dem Naziterror zu entkommen. Frau Maria Deutsch, besaß zu $\frac{3}{4}$ ein Kleinhaus im Tempelviertel, das von der Gemeinde arisiert und abgetragen wurde. Maria Deutsch floh nach Wien und erhielt nach Angaben der Gestapo im Mai 1939 die Einreiseerlaubnis nach England. Im Februar 1940 wurde gemeldet, dass Maria Deutsch in die USA gereist sei und die Ausreisekosten beglichen wurden.^{xii} Aus unbekanntem Gründen dürfte ihr die Ausreise nicht gelungen sein, denn am 6. Februar 1942 wurde Maria Deutsch nach Riga deportiert und dort ermordet.^{xiii}

Bevor jedoch an eine legale Auswanderung mit finanzieller Hilfe der Gestapo möglich war, mussten die Flüchtlinge einige bürokratische Schikanen über sich ergehen lassen. Zu diesen zählte die Vorlage einer “Steuerunbedenklichkeitserklärung” ebenso wie die Entrichtung der “Reichsfluchtsteuer” und der De-facto-Verzicht auf das gesamte Vermögen.^{xiv} Die “Reichsfluchtsteuer” wurde ursprünglich noch von der Regierung Brüning im Jahre 1931 eingeführt, um die Kapitalflucht aus Deutschland zu verhindern. Die Reichsfluchtsteuer betrug ein Viertel des gesamten steuerpflichtigen Vermögens und wurde mittels einer Vermögensbewertung ermittelt. Eingehoben wurde die “Reichsfluchtsteuer” durch das Finanzamt Wien Innere Stadt-Ost. Offiziell sollte diese Vermögensabgabe einen Ausgleich schaffen, da durch die Auswanderung dem Reich wirtschaftliche und steuerliche Nachteile entstanden, doch tatsächlich wollte man aus der Vertreibung der Juden finanzielle Vorteile ziehen. Die “Reichsfluchtsteuer” musste zynischer Weise auch bei einer zwangsweisen Deportation in ein KZ, das sich außerhalb des Deutschen Reiches befand, wie das KZ Auschwitz, entrichtet werden.^{xv xvi xvii}

Waren die steuerlichen Beschlagnahmen erfolgt und verzichtete der Auswanderungswillige, so erhielt er von der Gestapo die Erlaubnis zur Ausreise. So berichtet die Gestapo Eisenstadt an das Finanzamt Wien 1. Bezirk, am 18. 8. 1938 betreffend der Reichsfluchtsteuer und Vermögensbeschlagnahme von einem Juden aus Frauenkirchen: *“Der jüdische Kaufmann M. hat ein beträchtliches Vermögen besessen, welches bereits beschlagnahmt wurde. Der genannte ist im Besitz eines Einreisezertifikates nach Palästina, welches bis 7. September 1938 befristet ist. M. will mit seiner Ehefrau und seinen 5 minderjährigen Kindern sofort nach Palästina auswandern. Es sind Gründe*

vorhanden, um diese Juden sogleich nach der Abwanderung auszubürgern, worauf die Einziehung des ganzen Besitzes zugunsten des Reiches erfolgt. Ich bitte daher dringend, ihnen die steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung sofort auszustellen.^{xxviii}

Zur Ausreise durften die Emigranten nur wenige persönliche Gegenstände sowie 10 Reichsmark an Devisen mitnehmen.^{xix}

Bevor eine Auswanderung genehmigt wurde, mussten die Flüchtenden einen Behörden-Spießrutenlauf unternehmen, um alle notwendigen Dokumente zu bekommen. Dutzende Formalitäten auf den verschiedensten Ämtern waren zu erledigen und unsinnige Vorschriften zu erfüllen. So berichtet Herr Moshe Fried, dass man einen Postausweis lösen musste, um die Post nachschicken zu können, obwohl die Flüchtlinge keinesfalls wussten, wo sie Aufnahme finden werden. Um einen Reisepass zu bekommen, musste man sich stunden- und teilweise tagelang beim Polizeikommissariat in der Wehrgasse, Wien 5, anstellen und war vielfältigen Schikanen ausgesetzt. Als Hilfe stand den ausreisenden burgenländischen Juden zumeist die Israelitische Kultusgemeinde in Wien zur Verfügung.^{xx}

Manche bereits organisierte Auswanderung scheiterte kurz vor ihrem Ziel wie die der Familie Detre:

“Mit dem selben Transport wie die Familie Fried sind wir gefahren, doch wir hatten Geld und so bezahlte meine Mutter für jede Person 1.600 Schilling für den Transport, einem Perl-Transport^{xxi} - an eine jüdische Vereinigung. Im Juni kamen wir nach Arnoldstein und blieben dort bis Ende September. Die Schiffe sind nicht nach Genua gekommen und so hat die Gestapo uns wieder in den Zug verfrachtet und nach Wien gebracht. Mein Bruder wollte sich umbringen und vom Zug springen, man hat ihn jedoch davon abgehalten. Er war ein Anführer der Frauenkirchner Juden und es gab das Gerücht, dass er nach Dachau kommen werde.”^{xxii}

Die wartenden Juden in Arnoldstein^{xxiii}

Die Ausweisung der rund 4.000 burgenländischen Juden nach Wien erfolgte so rasch, dass es für die Gestapo nicht möglich war, für alle Flüchtlinge die Auswanderung zu organisieren. Nur 1.286 burgenländische Juden konnten von 10. Mai bis 31. Dezember ein Aufnahmeland finden. Auch die Juden aus Frauenkirchen konnten nur sehr schwer ihre Auswanderung betreiben. So berichtete am 7. Juni 1938 die Kultusgemeinde Frauenkirchen der Kultusgemeinde in Wien, *“dass seit dem Umbruch 170 Juden die Gemeine verlassen haben in der laufenden Woche weitere 18 scheiden werden, 35 durch Affidavits nach Amerika auswandern werden und insgesamt noch 230 Mitglieder der Gemeine verblieben sind.”^{xxiv}*

1939 begann die Auswanderung zu stagnieren. Daraufhin begann die Gestapo die in Wien lebenden burgenländischen Juden listenmäßig zu erfassen und ermöglichte diesen in größeren,

meist illegalen Auswanderungstransporten auf dem Donauweg nach Palästina zu gelangen. So gelang es, einen weiteren Teil der burgenländischen Juden zur Emigration zu bringen.

Mit dem Kriegsausbruch am 1. September 1939 wurde die Möglichkeit zur Flucht und Vertreibung der Juden aus dem "Deutschen Reich" noch mehr beschränkt, doch sie war weiterhin möglich. Bis 1940 war die illegale Einwanderung nach Palästina, Shanghai und in die USA möglich, wobei diese von der Gestapo organisiert und finanziert wurde.^{xxv}

Die burgenländischen bzw. Frauenkirchner Juden, die es bis 1941 nicht schafften, aus dem Deutschen Reich zu fliehen, konnten dem Tod kaum mehr entkommen. Die Führung des nationalsozialistischen Deutschland änderte ihre Politik gegenüber den Juden und begann mit Hilfe der Gestapo diese systematisch zu deportieren und umzubringen.

ⁱ Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung, S.89

ⁱⁱ Schwarz/Ganglmair, Emigration und Exil 1938-1945, S.818

ⁱⁱⁱ Baumgartner, Die Arisierung jüdischen Vermögens im Bezirk Oberwart, S.358

^{iv} Burgenländisches Landesarchiv, Arisierungsakten, Karton 12, Mappe 2480

^v Burgenländisches Landesarchiv, Arisierungsakten, Karton 12, Mappe 2480

^{vi} Burgenländisches Landesarchiv, Arisierungsakten, Karton 12, Mappe 2480

^{vii} Burgenländisches Landesarchiv, Arisierungsakten, Karton 12, Mappe 2480

^{viii} Burgenländisches Landesarchiv, Arisierungsakten, Karton 12, Mappe 2480

^{ix} Burgenländisches Landesarchiv, Arisierungsakten, Karton 12, Mappe 2480

^x Brettl, Datenbank

^{xi} Burgenländisches Landesarchiv, Arisierungsakten, Karton 41, Mappe 4044

^{xii} Burgenländisches Landesarchiv, Arisierungsakten, Karton 33, Mappe 3519

^{xiii} Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Datenbank

^{xiv} Schwarz/Ganglmair, Emigration und Exil 1938-1945, S.818

^{xv} Baumgartner, Die Arisierung jüdischen Vermögens im Bezirk Oberwart, S.355

^{xvi} Güssinger Zeitung, vom 1.5.1938

^{xvii} Böhmer, Die österreichische Finanzverwaltung und die Restitution, S.74

^{xviii} Widerstand und Verfolgung um Burgenland 1934 – 1945, S.302

^{xix} Schwarz/Ganglmair, Emigration und Exil 1938-1945, S.818

^{xx} Freund/Safrian, Die Verfolgung der österreichischen Juden 1938-1945, S.769

^{xxi} Willy Perl war ein Wiener Rechtsanwalt, der für die jüdischen Flüchtlinge Schiffframsparte nach Palästina organisierte.

^{xxii} Auskunft von Moshe Fried

^{xxiii} Photosammlung Chaim Detre

^{xxiv} Töpfer, Das Ende der jüdischen Gemeinden des Burgenlandes, S.97

^{xxv} Widerstand und Verfolgung um Burgenland 1934 – 1945, S.298